

Niederschrift

BaMo/021/2023

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Bau- und
Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine
am 21.09.2023

Die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied/Vorsitzender
------------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Ratsmitglied
Herr Alexander Burmeister	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Heeke	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Stephan Huesmann	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Christian Jansen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Herr Ulrich Moritzer	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Manoharan Murali	SPD	Ratsmitglied
Herr Engelbert Nagelschmidt	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger
Herr Claus Schröder	BfR	Sachkundiger Bürger
Herr Thomas Schürmann	DIE LINKE	Sachkundiger Bürger
Herr Markus Tappe	CDU	Ratsmitglied
Frau Annelie Wellmann	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Frau Helena Willers	CDU	Ratsmitglied

beratende Mitglieder:

Frau Stefanie Remberg	Ehrenamtlich Beauftragte für Baudenkmalpflege
-----------------------	--

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Franz-Josef Hesping	Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat
Herr Claus Meier	Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Herr Mahmoud Tahmaz	Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat

Vertreter:

Herr José Azevedo	CDU	Vertretung für Herrn Martin Beckmann
Herr Til Beckers	CDU	Vertretung für Herrn Dr. Manfred Konietzko
Herr Maik Bierbaum	SPD	Vertretung für Herrn André Schaper
Herr Volker Brauer	SPD	Vertretung für Herrn Bern- hard Kleene
Herr Fabian Lenz	CDU	Vertretung für Herrn Hans Havers
Herr Günter Maaß	CDU	Vertretung für Herrn Heiko Isfort

Verwaltung:

Frau Milena Schauer	Beigeordnete
Frau Elke Jaske	Fachbereichsleiterin Planen und Bauen
Herr Thomas Roling	Produktverantwortlicher Mobilitäts- und Verkehrs- planung
Herr Mark Dieckmann	Stabstelle Baulandma- nagement und Konversion
Herr Rüdiger Elbers	Straßenverkehrsbehörde
Frau Andrea Mischok	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Hans Havers	CDU	Sachkundiger Bürger

Herr Heiko Isfort	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Bernhard Kleene	SPD	Ratsmitglied
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr André Schaper	SPD	Ratsmitglied

Herr Brauer eröffnet die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 19 über die gemeinsame öffentliche Sitzung mit dem Sportausschuss am 24.08.2023

Änderungs- und Ergänzungswünsche werden nicht vorgetragen. Die Niederschrift ist somit genehmigt.

2. Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung am 24.08.2023

Änderungs- und Ergänzungswünsche werden nicht vorgetragen. Die Niederschrift ist somit genehmigt.

3. Informationen der Verwaltung

Frau Schauer gibt nachfolgende Information.

Stadt Rheine
5.30 - Rol -

21.09.2023

Information für den Bau- und Mobilitätsausschuss

am 21.09.2023

Information zum Ausbau der Bevergerner Straßen von Basilikastraße bis Kopernikusstraße

Hier: Umgang mit der ehemaligen Busbucht

In der Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses vom 24.08.2023 ist im Rahmen des Beschlusses zu den Herstellungsmerkmalen der Bevergerner Straße auch über den Umbau der ehemaligen Busbucht, der als Parkstreifen genutzt wird, beraten worden.

In der Beschlusslage ist anschließend folgende Änderung vorgenommen worden:
Der unter c. genannte Parkstreifen, südlich des Emstorplatzes, soll zugunsten eines Grünbeetes entfallen, wenn es keine Schwierigkeiten in Bezug auf die Kirmes mit dem Aufstellen der Fahr-/Geschäfte gibt.

Eine weitere Prüfung hat ergeben, dass mit der Einplanung von Grünbeeten in diesem Bereich der Kirmesbetrieb stark eingeschränkt wird und zudem die Umwandlung zu einem Beet eine jährliche Nachbearbeitung des Beetes nach der Kirmes verursachen würde.

Daher wird, um Umbaukosten und Unterhaltungskosten einzusparen, die vorhandene Busbucht bestehen bleiben.

3.1. Informationen der Straßenverkehrsbehörde

Herr Murali erklärt, dass an der Bahnstrecke Friedenstraße jetzt Absperrgitter angebracht worden seien. Er fragt, ob man bei der Bahn Druck machen könne, dass dort wieder eine Hecke angepflanzt werde.

Herr Elbers erklärt, dass dies die Sache der Bahn sei und man nur über ein dafür angelegtes Budget seitens der Stadt Rheine tätig werden könne.

Herr Murali weist darauf hin, dass bei Kitas und Schulen 30-iger-Zonen eingerichtet worden seien. Bei einigen Senioren- und Betreuungseinrichtungen würde dies noch fehlen. Er fragt, ob man auch dort 30-iger-Zonen einrichten könne. Als Beispiel nennt er den Internationalen Bund an der

Sandkampstraße. Es gebe dort schon einen 30 km/h Abschnitt, der dann evtl. nur noch bis dort verlängert werden müsse.

Herr Elbers bietet einen gemeinsamen Ortstermin an, um zu sehen, wo die genaue Problematik sei.

Weiter fragt Herr Murali zum „Berliner Bär“ Kreisverkehr in Eschendorf, ob es Daten über Unfälle und Beinahe-Unfälle mit Radfahrern gegeben habe.

Herr Elbers erklärt, dass er die Unfallzahlen bei der Kreispolizeibehörde anfragen werde. Allerdings seien und können keine Beinahe-Unfälle erfasst werden.

Herr Tappe regt an, die Straße Im Lau, die eine Einbahnstraße ist, für Radfahrer in beide Richtungen freizugeben. Man habe eine Ortsbegehung im Rahmen des Fußverkehrschecks gehabt, wo dieser Wunsch aufgekommen sei.

Herr Elbers nimmt die Anregung zur Prüfung mit.

4. Einwohnerfragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

5. Eingaben

Es liegen der Verwaltung keine Eingaben vor.

6. Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers Vorlage: 328/23

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss der Stadt Rheine bestellt gem. § 52 Abs. 1 GO in Verbindung mit § 58 Abs. 2 und 7 GO Herrn Pablo Vaßholz zum stellvertretenden Schriftführer.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Erneuerung der Winter- und Eventbeleuchtung
Vorlage: 326/23

Frau Schauer erklärt, dass man den Ausschuss in der Sitzung vom 02.02.2023 über die abgängige Winterbeleuchtung schon informiert habe. Man habe den Vorschlag gemacht, dass man eine neue Beleuchtung entwickeln bzw. erwerben wolle und habe das Gespräch mit den Innenstadtakeuren gesucht. Man habe sich über eine gute Gestaltung geeinigt, welche man hier und heute diskutieren möchte, was jedoch vorbehaltlich der genehmigten Haushaltsmittel geschehe.

Herr Volker Brauer fragt, ob die IG Emstor, die für den Bereich ab der Osnabrücker Straße zuständig sei, ihr Beleuchtungskonzept dem der Stadt anpassen werde.

Herr Roling erklärt, dass es hier um die Erneuerung der Winter- und Eventbeleuchtung in der Innenstadt gehe.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt - vorbehaltlich der Haushaltsplanberatungen 2024 - die unter Punkt B) beschriebene Erneuerung der Winter- und Eventbeleuchtung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Antrag Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 03.08.2023 zum Denkmalschutz für die gesamte Barocke Auffahrt zum Kloster Bentlage
Vorlage: 335/23

Herr Moritzer weist auf die Ausführungen in der Vorlage hin, dass die Verwaltung der Meinung sei, dass sich kein neuer Sachstand nach dem Gutachten aus 1992 ergeben habe. Er verweist auf ihren Antrag, wo schon verschiedene Fachleute, die sich mit Bentlage auskennen, zu einem anderen Ergebnis gekommen seien. Sie glauben nicht, dass ein Gutachten aus dem Jahr 1992 noch den Stand in Bentlage darstelle, da Bentlage sich verändert und auch einen anderen Stellenwert bekommen habe. Herr Moritzer erklärt, dass sie durch den Antrag erreichen wollen, dass die Verwaltung den LWL beauftrage, ein aktuelles Gutachten für Bentlage zu erstellen. Dann könne man sehen, ob die historische Auffahrt wirklich eine Fläche sei, die unter Denkmalschutz gestellt werden könne.

Frau Jaske erklärt, dass es erst seit 1980 möglich sei, einen Bereich als Denkmal festzulegen. Das westfälische Amt für Denkmalpflege habe dieses in 1992 berücksichtigt. Aus ihrer Sicht sei abschließend geprüft worden, da es um das Alte gehe, was bewahrt werden solle. In dem Vermerk gehe hervor, dass die Bentlager Landschaft kein entsprechender Bereich sei, der unter Denkmalschutz gestellt werden könne und die Gestaltungsmerkmale hierfür nicht ausreichen. Sollte jetzt doch der Beschluss hierüber gefasst werden, erklärt Frau Jaske hierfür das Verfahren. Es müsse eine Gebietsabgrenzung festgelegt und begründet werden, warum man dieses Gebiet so sehe. Das Gutachten vom LWL würde dann erst viel später kommen, was zur Folge habe, dass man sich positionieren und die Mitarbeiterin der Denkmalpflege das ganze Verfahren

entsprechend begründen müsse. Auch könne es sein, dass man sich eine externe Beratung hinzuholen müsse, da der Bereich für eine Beurteilung viel zu groß sei. Wenn dann alles beisammen sei, würde man dies dem LWL vorlegen, wonach dieser dann ein entsprechendes Gutachten erstellen müsse, was sicherlich mindestens ein Jahr dauern könne. Wenn dies dann vom LWL zurückkomme, müsse es offengelegt werden und die Einwendungen, die dann erhoben werden, müssen bearbeitet werden. Wenn dies dann erledigt sei, würde man das Verfahren an den Kreis Steinfurt als Obere Denkmalbehörde weiterleiten, welche für die Genehmigung der Denkmalbereichssatzung zuständig sei.

Herr Burmeister erklärt, dass die Mitglieder der CDU den Antrag begrüßen. Auch seien sie der Meinung, dass man eine neue Untersuchung beginnen solle, da auch sie den kulturellen Wert von Bentlage und die Möglichkeit sehen, diesen noch einmal zu erhöhen. Er weist darauf hin, dass man nach 30 Jahren eine neue Untersuchung noch einmal in Gang setzen könne, um dann zu sehen, ob sich an der Bewertung etwas geändert habe. Sie würden sich im Rahmen dieses Verfahrens wünschen, dass auch etwas zu den Konsequenzen einer möglichen positiven Bewertung als Denkmal für die Nutzer und zur Abschätzung der Kosten gesagt würde. Auch stelle sich dann die Frage, in welchem Zustand und aus welcher Zeit diese Kulturlandschaft erhalten werden solle, was am Ende natürlich auch mit Kosten verbunden sei. Am Ende dürfe man die Kosten, die eine dauerhafte Pflege mit sich bringe, nicht vergessen.

Frau Schauer erläutert, dass der Denkmalschutz eine Pflichtaufgabe nach Weisung sei, was heiße, wenn man losgehe und feststelle, dass eine Denkmalwürdigkeit gegeben sei, dann keine Entscheidung mehr habe, ob man dies durchführen möchte oder vielleicht doch nicht. Die Frage nach den Konsequenzen habe man sich auch gestellt. Die Denkmalpflege im Bereich der Kulturlandschaft sei eher enggefasst. Auch müsse man sich in dem Zusammenhang die Frage stellen, was es für Konsequenzen habe, wenn jemand einen Baum fällen oder ein Landwirt seinen Acker von Mais auf Getreide umstellen möchte. Muss hierfür dann ein Antrag auf denkmalrechtliche Genehmigung gestellt werden und nach welchen Kriterien müsse dieser dann beurteilt werden. Da sie dies kritisch sehe, werde man um eine rechtliche Beratung nicht umhinkommen, da sie die Folgen allumfassend nicht abschätzen könne.

Herr Volker Brauer erklärt, dass ihnen eine Kostenaufstellung in der Vorlage gefehlt habe, um die Konsequenzen abschätzen zu können. Er möchte wissen ob es möglich sei, einen Prüfauftrag auf den Weg zu bringen, um zu sehen, welches Kostenpotenzial sich dadurch ergebe. Wie hoch wäre der Kostenaufwand für so einen Prüfauftrag.

Frau Schauer gehe davon aus, dass man eine Anfrage beim LWL mit einer Begehung machen könne, um dann zu versuchen, über die Juristen des LWLs eine Aussage zu bekommen, was man unter dem Schutz der Kulturlandschaft verstehe. Dann könne man sehen, ob sich was verändert habe und ob es sinnvoll sei, diesen Weg weiter zu gehen. Danach könne man dem Bau- und Mobilitätsausschuss berichten und einen Vorschlag mit Kostenberechnung vorlegen. Sie gehe davon aus, dass man die Beurteilung nach außen vergeben müsse. Danach könne man, nach Rücksprache mit dem LWL, sehen, welches Gebiet hierfür in Frage käme.

Herr Moritzer erklärt, dass sich der Antrag auf die historische Auffahrt beziehe und diese über die Jahre schon Schaden genommen habe. Ihnen sei elementar wichtig, diese historische Auffahrt zu erhalten und auch zum Teil wiederherzustellen.

Herr Volker Brauer erklärt, dass aus seiner Sicht jetzt ein 3. Beschlussvorschlag formuliert werden müsse.

Herr Karl-Heinz Brauer unterbricht die Sitzung für eine Beratung innerhalb der Fraktionen.

Sitzungsunterbrechung 17:28 – 17:40 Uhr.

Herr Brauer erklärt, dass er hoffe, dass die Unterbrechung zu einem gemeinsamen Ergebnis geführt habe. Er bittet Frau Schauer um die Formulierung eines neuen Beschlussvorschlages.

Frau Schauer erklärt, dass der Beschlussantrag des Bündnis90 / DIE GRÜNEN so nicht funktionieren könne, da er aussagt, dass man eine Denkmalbereichssatzung erstellen solle, ohne dass man wisse, ob überhaupt etwas denkmalfähig sei. Aufgrund dessen würde sie wie folgt umformulieren:

„Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung, für die Bereiche der gesamten Barocken Auffahrt von der Saline Gottesgabe her – unter Einschluss des Salzkamps als Keimzelle der gesamten Bentlager Entwicklung, der Schäferei, des Schürkamps, des Hogenkamps und des Winterkamps, sowie des nördlich davon gelegenen Wallstreifens mit dem Fischteich bis zum Kloster Bentlage zu überprüfen, inwieweit diese in eine Denkmalbereichssatzung nach § 10 DSchG NRW integriert werden können. Weiter wird die Verwaltung beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel im Rahmen der Fachausschussberatungen in den Haushalt einzubringen.“

Geänderter Beschluss:

1. *Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung, für die Bereiche der gesamten Barocken Auffahrt von der Saline Gottesgabe her – unter Einschluss des Salzkamps als Keimzelle der gesamten Bentlager Entwicklung, der Schäferei, des Schürkamps, des Hogenkamps und des Winterkamps, sowie des nördlich davon gelegenen Wallstreifens mit dem Fischteich bis zum Kloster Bentlage zu überprüfen, inwieweit diese in eine Denkmalbereichssatzung nach § 10 DSchG NRW integriert werden können. Weiter wird die Verwaltung beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel im Rahmen der Fachausschussberatungen in den Haushalt einzubringen.*
2. Inwieweit es sinnvoll ist, die bisher getrennten Denkmalbereiche des Historischen Kulturdenkmals Kloster Bentlage und des Technischen Kulturdenkmals Saline Gottesgabe sowie der beantragten gesamten Barocken Auffahrt durch Hinzunahme der Weide zwischen dem ehemaligen Kinderheim und dem Braaken sowie dem Gehölzstreifen des Braakens selbst zu einem zusammenhängenden Denkmalbereich zu arrondieren, soll im Zuge der Denkmalwert-Diskussion ermittelt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Europa Viertel am Waldhügel; innere Erschließung; Festlegung des Bauprogramms
Vorlage: 327/23**

Herr Dieckmann stellt die innere Erschließung und die Festlegung des Bauprogramms vor.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt, vorbehaltlich der Rechtskraft des Bebauungsplanes Nr. 350, Kennwort „Europa-Viertel am Waldhügel“, nachfolgendes Bauprogramm für den Ausbau der Straßen im Bebauungsplangebiet Europa-Viertel am Waldhügel:

Ausbau im Mischprinzip mit folgenden Teileinrichtungen:

1. Mischfläche, bestehend aus
 - a) Fahr-, Gehweg- und Spielflächen mit Unterbau und einer Befestigung aus grauem Betonsteinpflaster
 - b) Verkehrsgrün aus Grünbeeten, Mulden, Grünstreifen mit neuen und vorhandenen Bäumen/Sträuchern und Unterpflanzung
 - c) Parkstände mit Unterbau und einer Decke aus anthrazitfarbenem Betonsteinpflaster
 - d) Flächen für ein unterirdisches Müllentsorgungssystem
 - e) Betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung
 - f) Oberflächenentwässerung über oberflächennahe Rinnen, Kastenrinnen oder Mulden und Grünstrukturen mit Anschluss an den Zett-Park und die Kanalisation
2. Geh-Radwege
 - a) Geh- und Radwegflächen mit Unterbau und einer Decke aus grauem Betonsteinpflaster
 - b) Betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung
 - c) Oberflächenentwässerung über oberflächennahe Rinnen, Kastenrinnen oder Mulden und Grünstrukturen mit Anschluss an den Zett-Park und die Kanalisation

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Ausbau Laugärten (West) 53140060202003 (alt 53014-630)

**(Wischmannstr. – Haus Nr. 35)
im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. E 35 "Laugärten"
Offenlage der Ausbauplanung
Vorlage: 290/23**

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt den Ausbautwurf zur Kenntnis und beschließt dessen Offenlage in den Diensträumen der Mobilitäts- und Verkehrsplanung der Stadt Rheine im Neuen Rathaus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 11. Ausbau Josef-Pieper-Weg (inkl. Fuß-/Radweg) - 53014-0581
Inv. 53140010200724
im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 292,
Kennwort: "Kolon-Eggert-Straße"
Offenlage der Ausbauplanung
Vorlage: 293/23**

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt den Ausbautwurf zur Kenntnis und beschließt dessen Offenlage in den Diensträumen der Mobilitäts- und Verkehrsplanung (Fachbereich Planen und Bauen) der Stadt Rheine im Neuen Rathaus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 12. Einziehung eines Verbindungsweges zwischen der Flöddertstraße und Flagenstraße - Abschluss des Verfahrens
Vorlage: 320/23**

Beschluss:

Der Verbindungsweg zwischen Flöddertstraße und Flagenstraße, im anliegenden Lageplan in Gelb dargestellt, Gemarkung Elte, Flur 13, Flurstück 78, wird hiermit gemäß § 7 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) eingezogen, weil eine Verkehrsbeurteilung nicht mehr gegeben ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 13. Anfragen und Anregungen**

Herr Tappe erklärt, dass es ihm um den wöchentlichen offenen Treff des JFD an der Schule in Rodde gehe, an dem ca. 30 Kinder teilnehmen, der bislang immer draußen auf dem Schulhof stattgefunden habe. Da das Jugendheim noch nicht wieder freigegeben sei, könne diese Veranstaltung noch nicht wieder innen stattfinden. Er bittet nachzufragen, wann dies wieder möglich sei. Die Schule sei umgebaut worden und das Dach wieder drauf, nur können die Räumlichkeiten des Jugendheims noch nicht wieder betreten werden.

Herr Meier weist darauf hin, dass der Bürgersteig der Lindenstraße auf der östlichen Seite sehr desolat sei. Man habe Probleme mit den Bäumen, wenn man teilweise nur noch eine Gehwegbreite von 2 Platten, ca. 60 cm, habe. Wenn man dann noch mit dem Rollstuhl vorbei möchte, müsse man auf den Radweg ausweichen, wo es dann Konflikte mit den Radfahrern gebe. Vielleicht könne man die Bäume nur durch Gitter schützen und somit mehr Platz auf dem Gehweg erhalten.

Herr Roling erklärt, dass es im Zuge des Ausbaus der Lindenstraße einen Abwägungsbeschluss für den Bereich Breite Straße bis zum Bahnhof gegeben habe, wo auch gesagt wurde, dass es an einigen Stellen sein könne, dass man aufgrund der Breite des Bürgersteigs auf den Radweg ausweichen müsse.

Frau Schauer erklärt, dass man die Anregung mit den Gittern mitnehmen werde, obwohl sie glaube, dass dies nicht möglich sei.

Herr Meier weist darauf hin, dass es ihm um den Bereich zwischen der Max-Born-Str. und Einstein Straße gehe.

Frau Wellmann erklärt, dass auf der Lindenstraße im Bereich Neuenkirchener Straße bis Feuerwehr vereinzelt Gehwegplatten für die Fußgänger schräg hochstehen, wobei der Fußgängerbereich dort schlechter sei als der Fahrradweg.

Herr Roling werde die Anregung für die Kollegen der Straßenunterhaltung mitnehmen.

Frau Achterkamp merkt an, dass in Mesum am Kreisverkehr Dechant-Römer-Straße die Beleuchtung wesentlich dunkler sei als bei den Straßen drum herum. Sie bittet dies zu überprüfen, da dort viele Schulkinder entlang müssen.

Herr Roling erklärt, dass dies aufgrund einer anderen Lichtfarbe sein könne und auch ein anderes Leuchtmittel verbaut wurde. Er werde dies mit den Stadtwerken zusammen überprüfen, ob die DIN-Norm dort eingehalten werde.

Ende öffentlicher Teil:

18:01 Uhr

Karl-Heinz Brauer
Ausschussvorsitzender

Andrea Mischok
Schriftführerin

